

## Chinesen wollen Klonfleisch zum Essen erzeugen

Ein chinesischer Unternehmer baut die weltweit größte Anlage zum Klonen von Nutztvieh. In der EU ist der Verkauf von Klonfleisch prinzipiell verboten, könnte aber nach einem Verfahren wie bei Gempflanzen erlaubt werden. Tierschützer verweisen auf die EU-Richtlinie, die künstliche Zucht verbietet, wenn sie den Tieren Leid zufügt. Das sei beim Klonen der Fall. In den USA ist Klonfleisch seit 2008 erlaubt. Im Bild zwei geklonte Schweine, bei einem wurde zu Forschungs Zwecken auch ein Gen für den gelben Rüssel eingebaut. **Seite 19**

BILD: SHIPRA



# Bildungsinitiativen wirken: Migrantenkinder holen auf

Die Leseleistungen der zugewanderten Schüler haben sich deutlich verbessert. Eine Expertin benennt die Ursachen.

**WIEN.** Die Leistungsunterschiede beim Lesen zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund haben seit dem Jahr 2000 abgenommen. Das zeigen Daten aus der Volksschul-Vergleichsstudie PIRLS und der PISA-Studie. Vor allem türkischstämmige Schüler haben stark aufgeholt. Trotzdem sind die Unterschiede zwischen einheimischen

und zugewanderten Kindern noch hoch. Migrantenkinder erzielten bei PISA 2012 (449 Punkte) wesentlich bessere Ergebnisse als bei PISA 2000 (409 Punkte), während die Leistung der Kinder ohne Migrationshintergrund praktisch gleich blieb (2000: 502 Punkte, 2012: 499).

„Vor allem in der türkischen Community hat es zahlreiche Bildungs-

initiativen gegeben, das hat sicherlich zur Verbesserung der Ergebnisse beigetragen“, erläutert Barbara Herzog-Punzenberger, Pädagogin und Migrationsexpertein an der Kepler-Universität Linz. Auch sei es zuletzt besser als früher gelungen, die Eltern bei den Bemühungen, um eine gute Bildung für ihre Kinder zu unterstützen. Und schließlich habe

sich wohl die verbesserte Lehrerausbildung und Fortbildung bezahlt gemacht, vermutet die Expertin. Auffallend sei auch, dass die Repetentenquote bei Migrantenkindern deutlich zurückgegangen sei. Die Studie bezieht sich zwar auf den Zeitraum bis 2012, Herzog-Punzenberger ist aber überzeugt, dass der positive Trend angehalten hat.

## SALZBURG



### Polizei stockt Präsenz am Hauptbahnhof auf

Ein Einsatzzug mit 30 Beamten ist ab sofort am Salzburger Hauptbahnhof und in der Innenstadt rund um die Uhr eingesetzt. Zuletzt gab es deutlich mehr Diebstähle. Die Polizei warnt Reisende auch davor, dass vor allem am Wiener Hauptbahnhof Diebsbanden unterwegs seien. **Seite 11, Lokaltel**

## POLITIK



### „Warum sind hier so viele Trittbrettfahrer?“

Die Rufe nach kontrollierter Zuwanderung werden lauter. „Warum lässt ihr so viele Trittbrettfahrer ins Land?“, fragt auch der Syrer Khaled al Dali. Dass einige jener Flüchtlinge, die sich als seine Landsleute ausgeben, in Wahrheit keine sind, könne man schon daran erkennen, wie sie den Namen der syrischen Hauptstadt aussprechen, sagt er. **Seite 5**

# Warten auf den Aufschwung – das wird nicht reichen

Die Wirtschaft wächst wieder. Doch wo bleiben die neuen Arbeitsplätze? Gute Frage. Der Staat allein wird es nicht richten können.

Es ist ein Satz, den man von Wirtschaftsweisen immer wieder hört, und schon beinahe nicht mehr hören kann: „Das Wirtschaftswachstum reicht leider nicht aus, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig einzudämmen oder gar zu senken.“ Das ist ein bitteres Faktum, doch welche Mechanismen genau sich dahinter verbergen, scheint auch unter Experten durchaus umstritten zu sein.

Lehrreich ist es jedenfalls, den österreichischen Arbeitsmarkt genauer unter die Lupe zu nehmen. Da sieht man zwar, dass jedes Jahr Tausende und Aber-tausende neue Jobs entstehen. Und dass, genau betrachtet, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden überhaupt nicht größer wird. Es arbeiten einfach nur immer mehr Österreicher – im Durchschnitt dafür aber immer kürzer. Das liegt an Teilzeitarbeit, auch an seit Jahren rückläufigen Überstunden. Geht man weiter ins Detail, wird es noch spannender: Es zeigt sich, dass die Gesamtmenge an Arbeit noch viel schneller schrumpfen würde, wenn nicht der Staat immer mehr Arbeit „verursachen“ würde. Das betrifft gar nicht so sehr die Verwaltung selbst, sondern Aufgaben, die die öffentliche Hand entweder selbst übernimmt oder an andere ausgelagert hat: In den Spitälern, den Altenheimen, den Behinderteneinrichtungen, in der Sozialarbeit, an Schulen und

Kindergärten wird immer mehr Personal gebraucht. Auch die Arbeit in der Flüchtlingsbetreuung wird zunehmend eine Rolle spielen.

Umgekehrt heißt das: Die klassische Privatwirtschaft verliert als Arbeitgeber an Boden, und das seit Jahren. Das aber zeigt ein massives strukturelles Problem in der heimischen Wirtschaft, das ist langfristig folgenreich, das ist ein Grund zur Sorge.

Und es bedeutet, dass es für Politik und Sozialpartner nicht ausreichen wird, mit gedrückten Daumen auf den großen Wirtschaftsaufschwung zu hoffen – abgesehen davon, dass dieser noch in weiter Ferne liegen dürfte. Vielmehr fehlt uns in Österreich eine grundlegende Diskussion über die Art, wie wir morgen arbeiten wollen und sollen. Wie lange in der Woche, und an welchen Tagen. Wie flexibel – räumlich und auch zeitlich. Darüber, wie wir die Arbeit, die da ist, gerecht untereinander aufteilen. Ob wir einen Niedriglohnsektor mit Minijobs wollen oder einen Mindestlohn, oder vielleicht gar – irgendetwas – beides. Auch darüber, ob mit 65 Jahren Schluss sein muss und ob dieses Pensionssystem noch Sinn ergibt, gehört offen diskutiert. Der Staat allein als Jobmaschine wird es nicht richten können.

CHRISTIAN.RESCH@SALZBURG.COM

## LEITARTIKEL

Christian Resch

